

Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK)

Umlaufbeschluss 07/2026

vom 09.10.2026

Gemeinsame Stellungnahme zum Fortschrittsbericht 2026 zur Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder in Deutschland

Stand: 28.09.2026

Beschluss:

Die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) fasst folgenden Beschluss:

1. Die Jugend- und Familienministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder begrüßen ausdrücklich den Nationalen Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ (NAP Kinderchancen) sowie den NAP-Ausschuss als ein Instrument, um die Umsetzung der EU-Kindergarantie in Deutschland zu gewährleisten. Dies soll dazu beitragen, dass allen Kindern und Jugendlichen ein Aufwachsen in Wohlergehen ermöglicht wird.
2. Die Jugend- und Familienministerinnen, -minister, -senatorinnen und, -senatoren der Länder betrachten mit Sorge, dass Kinderarmut in Deutschland weiterhin zu weit verbreitet sind. Dies wirkt sich in vielen Bereichen des Lebens aus und hat oftmals negative Auswirkungen für das Aufwachsen von Kindern. Der Fokus des NAP Kinderchancen auf Fragen der Teilhabe an gesellschaftlichen Teilbereichen wird daher ausdrücklich begrüßt.
3. Die Jugend- und Familienministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder nehmen den Zweiten Fortschrittsbericht zum NAP Kinderchancen zur Kenntnis, der die Situation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland aufzeigt, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Sie unterstreichen den Befund, dass der tatsächliche Zugang zu Unterstützungsstrukturen und -angeboten für die Zielgruppe entscheidend ist, damit diese wirken können. Sie betonen daher, dass Fragen des Zugangs, neben Quantität und Qualität der Strukturen, eine zentrale Rolle bei der Ausgestaltung der Armutsprävention spielen sollten.
4. Die Jugend- und Familienministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder begrüßen die aktuelle Schwerpunktsetzung im NAP Kinderchancen auf die Teilhabe und Integration von Kindern mit Einwanderungsgeschichte und die

vorgenommene differenzierte Darstellung von Lebenslagen dieser Zielgruppe. Dies stellt eine sinnvolle Fortführung zum ersten Schwerpunkt der kommunalen Armutsprävention dar. Sie regen an, die Ergebnisse innerhalb und mit den Akteurinnen und Akteure innen im NAP Kinderchancen aktiv zu diskutieren.

5. Die Jugend- und Familienministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder betonen die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern, Kommunen sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren für ein Gelingen von Armutsprävention. Sie fordern die Bundesregierung auf, diese Akteurinnen und Akteure wieder stärker in die Umsetzung des NAP Kinderchancen einzubinden und auch die Beteiligung junger Menschen fortzusetzen.